

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Sütten- und chemischen Industrie

Verleger: Hermann Lohmann, Abonnementpreis durch die Post bezogen: Vierteljährlich 1,50 M., Einzelheftpreis die Spalte, Colonne für Arbeiter: jährlich 75 Pf., Geschäfts- und Privatadressen: 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Verwaltung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seltendorferstraße 17. Fernruf 556. Schluss der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Aufschriften und Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Kleinige Anzeigenannahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 2.

Duisburg, den 11. Januar 1919.

20. Jahrgang

Arbeitsniederlegung — Hungersnot

Unter Wirtschaftslieben geht dem Ruin entgegen. Das ist leicht gesagt und mancher denkt sich vielleicht nicht einmal etwas dabei. Und doch ist alles zum fürchterlichen Ernst zusammengeballt. Ein ruhendes Wirtschaftsleben trifft vor allem den Arbeiter selbst. Er hat keinen Lohn und kein Brot mehr, keine Familie auch hungern und kann nichts dazu bekommen, weil alles fehlt, Transport, Verkehr usw. Wir leben vor einer Krise in einem Ausmaße, wie wir sie vielleicht nicht vorstellen können. Was kann uns da retten? Nur Arbeit und wieder Arbeit. Jede Arbeitsniederlegung, jeder Streik bringt uns dem Verderben näher.

Das hat auch den Rat der Volksbeauftragten in Berlin bewogen, sich mit folgendem Aufruf an die deutschen Arbeiter zu wenden:

Die Errungenschaften der sozialistischen Revolution sind in Gefahr! Die drohende Katastrophe zeichnet sich täglich deutlicher ab. Verzweifelt nicht, wie wir sehen! Der Krieg hat uns arm gemacht, die Niederlage noch ärmer. Unser Boden ist vernachlässigt und ausgezogen, unser Vieh abgeschlachtet. Unsere Verkehrsmittel sind heruntergekommen, die Produktionsanlagen für die Herstellung von Friedensgütern abgenutzt, teilweise ruiniert, die wichtigsten Rohstoffe mangelnd, drückende Waffenstillstandsbedingungen lähmen unsere Bewegungsfreiheit, ungebürlich sind die Lagen, die der siegreiche Feind uns auferlegt.

Arbeiter! In eurer, nur in eurer Hand liegt es, das Verhängnis abzuwenden. Ihr müßt unsere zusammengebrochene Wirtschaft wieder aufrichten. Ihr müßt dafür sorgen, daß uns Hunger und Bürgerkrieg erspart bleiben und das, was unweigerlich auf Bürgerkrieg folgt: die Vernichtung aller Errungenschaften der Revolution, eurer Revolution.

Ihr müßt arbeiten! Der Sozialismus verlangt Arbeit, kann nur bestehen auf Grundlage der Arbeit! Wer feiern muß, soll Unterstützung bekommen, aber wer feiern, obwohl er arbeiten könnte, macht sich und die anderen ärmer, vernachlässigt sich an seinem Volke und dessen sozialistischer Zukunft, hilft den Zusammenbruch bereiten, der schließlich auch ihn selbst verhängt.

Arbeiter, bleibt nicht in den großen Städten zusammengedrängt, wo die Industrie euch nicht genug Arbeit schaffen kann, weil es an Kohle und anderen Betriebsstoffen fehlt, und wo ihr schließlich Hunger leiden müßt, weil die Lebensmittel nicht herangeschafft werden können. Geht hinaus aufs Land, in die Städte der Provinz! Die Kräfte, die in Berlin und anderen Großstädten brachliegen, werden dort dringend gebraucht. Geht zu den Arbeitsnachweisen; sie werden euch sagen, wo ihr lohnende Arbeit findet, die euch nützt und das Volk rettet.

Keiner darf sich jetzt darauf verlassen, an dem Orte zu bleiben, in den er während des Krieges gekommen ist. An der Vorkunft, an der sozialistischen Disziplin jedes einzelnen hängt das Dasein, die Freiheit, die Zukunft unserer sozialistischen Republik.

Arbeiter! Schützt eure Revolution vor den Angriffen feindlicher Reaktion; rettet sie auch vor dem Ruin durch Hunger und wirtschaftliche Kollaps!

Berlin, 14. Dezember 1918.
Der Rat der Volksbeauftragten:
Wert, Hoop, Scheibemann, Dittmann, Landsberg, Barth.

Man braucht sich keinen Täuschungen hingeben, der sozialdemokratische Rat der Volksbeauftragten hat nicht schwarz in schwarz gemalt. Die Karte ist vollständig verfahren. Aber es muß auch gesagt werden, wenn die Karte so tief im Dreieck ist, so ist das die Schuld der Revolution, die von Ordnung keine Spur kannte, bei der viel mehr Unordnung Trumpf war.

Witten in diesem allgemeinen Wirtschaftswort geht nun noch ein Teil der Arbeiterschaft hin und stellt die Arbeit ein, wenn nicht geradezu anständige Lohnforderungen bewilligt werden. Im allgemeinen sind es die radikal-sozialdemokratischen Elemente, die ohne Rücksicht auf die Gesamtlage ihr Treiben ausüben und die Folgerung aus der bestehenden Agitation ziehen, die ihnen seit Jahr und Tag leider vorgelegt wurde.

Jetzt steht sich auch das sozialdemokratische Hauptorgan, der „Vorwärts“, gezwungen, mit ernstlichen Worten gegen die Machenschaften der radikal-sozialdemokratischen Genossen sich zu wenden. Er schreibt:

Die Forderung anderer Transportweises muß die Industrie in ihrem Bedürfnis nach Rohstoffen und in ihrem Verbandsbedürfnis schwer schädigen. Dazu kommt eine heillose Verunsicherung und Verunsicherung von Industrie und Gewerbe durch die überhandnehmende Propaganda eines unheimlichen und phantastischen Wortkommunismus, die namentlich die Elemente aufgewühlt hat, die erst durch die Erregung der Revolutionstage aus tiefstem dumpfen Verborgenen an die Oberfläche getrieben sind. Die wahnwitzigsten Forderungen sind heute an der Tagesordnung, und kein Mensch denkt daran, was morgen werden soll und wie sich das Land der großen Volksgemeinschaft gestalten soll. Bei einem Teil der Arbeiterschaft und es ist nicht der, dessen unperfekte Substanz, dessen

Oberrum im organisierten Lohnkampf wie früher so oft bemerkt haben — ist eine blinde Jagd nach Geld ausgebrochen, die alles zerstören muß, was für den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens notwendig ist.

Bedenkt man denn nicht, daß wir durch den Krieg vollkommen ausgepumpt sind, und daß Deutschland unter der Last drückender Armut leidet? Heute muß man den Mut haben, den Massen einen Wein einzuschütten über das, was das deutsche Wirtschaftsleben jetzt kosten kann, ihnen Solidarität zu predigen, eine Solidarität, die sie auch befehlen soll, unsere große Armut gemeinsam zu tragen, gemeinsam an der Schaffung neuer Werte mitzuwirken und das Volk auf die Höhe der früheren Wohlstandes zurückzuführen. Es ist verwerflich, die Arbeiter anzureizen, mehr zu verlangen, als die Armut unserer gesamten Wirtschaft allein abzugeben zu geben vermag. Was einzelne Gruppen der Arbeiter heute an übertriebenen Forderungen erzwingen, muß bei der unvermeidlich kommenden schweren Krise die übrige Masse der Arbeiter an ihrem Lebensnerv verletzen.

„Diese Propaganda“, so schließt der „Vorwärts“, „muss bekämpft werden, und es muß mutig den Arbeitern die volle Wahrheit über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Volkes vorgetragen werden.“

Wenn man auf sozialdemokratischer Seite schon früher solche Sätze geschrieben hätte, statt nur einseitig alles in Grund und Boden zu verbannen, wäre es auch im Geiste eines Teils der Arbeiterschaft anders aus und manches wäre vermieden worden, worunter die Volksgemeinschaft jetzt so bitter leidet. Die radikalsocialistische Arbeiterschaft und besonders auch unser Verband haben seit Jahr und Tag darauf hingewiesen, wie bitter sich noch einmal die sozialdemokratische Seite rächen werde. Wir sind daher auch, weil wir wußten, wie gefährlich es für die deutsche Arbeiterschaft und das deutsche Wirtschaftsleben war, mit aller Energie gegen die Streiks im Kriege aufgetreten.

Daß diese „verbrecherischen“ Arbeitsniederlegungen und „mahnwürdigen“ Lohnforderungen, wie der „Vorwärts“ schreibt, unsere gesamte Industrie ruinieren und damit die Arbeiterschaft selbst in das größte Unglück stürzen, zeigt ein Bericht des Reichlichen Telegraphenbüros, das bekanntlich unter der Kontrolle der sozialdemokratischen Regierung in Berlin steht, über die Streikbewegung unter den Bergleuten im Ruhrgebiet:

Der Teufelskreis im rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau ist noch nicht zum Stillstand gekommen. Es zeigt sich immer mehr, daß die Ausschüttungsbewegung nur das Werk einzelner radikaler Elemente ist, die vor Gewaltmaßnahmen zur Erreichung ihrer Ziele nicht zurückweichen. Einzelne Trupps ziehen von einer Schachtanlage zur andern und suchen die Belegschaften von der Einsparung in die Gruben abzuführen. Auf den Schachtanlagen 1, 2 und 3 der Reiche Neumühl war bereits die Belegschaft zur Aufsicht bereit, wurde jedoch infolge der Dröhnung von Belegschaftsmitgliedern der Reiche Deutscher Kaiser, daß sie die Fördermaschinen stilllegen würden, und die Bergleute dann nicht wieder aus Tageslicht kommen würden, davon abgehalten. Auf den staatlichen Rheinisch-Westfälischen und den Schachtanlagen Concordia in Oberhausen sind die Belegschaften wieder eingeschlossen. Die übergroße Mehrzahl der Bergarbeiter ist mit der Streikbewegung und den über alles Maß hinausgehenden Lohnforderungen keineswegs einverstanden. Die Werke haben auch ihr äußerstes getan, um die Belegschaften zu zufrieden zu stellen. In den zwischen den Vertretern der Bergarbeiterverbände und den Vertretern des Bergwerksverbandes seit Anfang Oktober d. J. gepflogenen Verhandlungen sind den Arbeitern erhebliche Lohnaufbesserungen zugesichert worden, die zum Teil ohne entsprechende Erhöhung der Kohlenpreise gar nicht durchführbar sind. Bei den unterirdisch beschäftigten eigentlichen Bergarbeitern, den Bauern, beläuft sich diese Lohnerhöhung auf etwa 4 Mark für die Schicht, so daß im Januar ein Bauer einen Durchschnittslohn von mindestens 17 Mark erzielen wird. Von den Bergarbeiterorganisationen und der Arbeiterpresse des Ruhrgebietes (mit Ausnahme der „Freiheit“, die in Mülheim an der Ruhr neu gegründeten Organs der Spartakusgruppe) werden die Lohnforderungen, es werden Forderungen von 30 Mark und mehr, ferner Wohnzuschüssen bis zu 1000 Mark und Herabsetzung der Schichtzeit auf 6 Stunden gefordert, — entsetzlichen Mißbilligt. Die Bewilligung solcher unbilligen Forderungen sind den Betreibern einfach unmöglich. Eine Entschärfung von 5 Mark für die Schicht, wie sie verlangt wird, ist beifriedensweise bei der Harpener Bergbau A.-G., bei der im letzten Geschäftsjahr 20 1/2 Millionen verfahren wurden, ein Betrag von 45 Millionen Mark erforderlich. Der Harpener Betrag läßt sich bei dieser Gesellschaft nur 15,8 Millionen Mark. Dabei ist zu berücksichtigen, daß auch die Herabsetzung der früheren 8 1/2 stündigen Schicht auf 8 Stunden wesentliche Mehrkosten verursacht. Bei keinem Teil der Arbeiter ist schon jetzt festzustellen, daß sie im November keine Liebesgaben mehr erzielen haben. Wenn sich bisher auch nur ein kleiner Teil der Belegschaften des Ruhrgebietes im Aufstand befindet, so ist der dadurch bedingte Förderausfall doch recht erheblich, so daß Tausende von Arbeitern auf anderen Industriezweigen in Mitleidenschaft gezogen sind. Wenn dem unabweislichen Zwängen der Streikbewegung nicht bald ein Ziel gesetzt wird, wird der Ausstoß der Bergarbeiter unübersehbares Elend an der Hand haben.

In Berlin muß natürlich auch gestreikt werden, trotzdem gerade dort im Kriege die höchsten Löhne bezahlt wurden. Die Berliner Presse meldet über den Streik bei den Siemens-Schuckertwerken: Der Arbeitgeber war zu Verhandlungen mit Arbeiterrat und Angestelltenrat bereit und stand ganz auf dem Boden der Übereinkunft zwischen den Unternehmerverbänden und den Gewerkschaften, auf Grund deren eine paritätische Kommission mit der Neuregelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse betraut war. Die Arbeiter und Angestellten aber warteten das Ergebnis der Kommissionsberatungen nicht ab und stellten einseitig Lohnforderungen auf 3 Mark Stundenlohn für gelernte Arbeiter, 2,75 Mark für ungelernete Maschinenarbeiterinnen, 2,50 Mark für ungelernete Arbeiterinnen usw. als Mindestsatz; wer im Kriege mehr verdient, sollte dies auch weiter tun. Dadurch wäre ein Mehrumschwund von 70 Millionen Mark gegenüber den hohen Kriegslöhnen notwendig geworden. Ganz hart ein solcher von 24 Millionen Mark bei Bewilligung der Forderungen der Angestellten. Die Aktionäre haben aber letztes Jahr nur 12 1/2 Millionen Mark erhalten, woraus zu schließen ist, daß die Bewilligung der gestellten Forderungen tief in das Betriebskapital eingegriffen hätte, in schließlich unzulässig war. Nach stehenden Beschlußdrängen des Volksbeauftragten und des Metallarbeiterverbands stellten sich die Arbeiter schließlich, nachdem es erst noch zur passiven Resistenz und zu Verhandlungen mit der Reichsregierung gekommen war, heftig, sich mit den Angehörigen der Unternehmung zu begnügen, bis die Herabsetzung der Arbeitszeit von 57 auf 46 1/2 Stunden und 16 v. H. Lohnminderung brachte.

Bald flammen hier, bald da Streiks auf, bald in Oberhausen, Berlin oder im Ruhrgebiet. Gerade die Streiks auf den Beichen sind das verderbliche. Was haben die Streikenden den mit ihrem Wutgehen erreicht?

Das deutsche Wirtschaftsleben steht vor dem vollständigen Zusammenbruch.

Die Folge davon ist, daß dann Millionen Arbeiter brotlos werden.

Die Hungersnot bricht aus. Das haben die Streikenden auf dem Gewissen. Die hungrigen Arbeiterfrauen und Arbeiterkinder verbanken ihren Mitleid den streikenden Arbeitern.

In Süddeutschland müßten die Werke zehn Tage aus Kohlenmangel feiern. In der winterrichten Halle haben die armen Arbeiterfamilien keine Kohlen. Sie müssen frieren und hungern, weil rationale Elemente Kutsche machen.

In Mannheim gab es kein Licht. Grund Kohlenmangel. In Bochum, Werhausen, Remscheid herrschten Dunkelheit. Grund Kohlenmangel.

In Sauerland liegen die Werke, daß sie aus Kohlenmangel zum Stilllegen der Werke kämen. Tausende Arbeiter werden arbeitslos.

Das alles trifft die Streikenden. Jetzt heißt es Solidarität üben, Jeder, der dagegen verfährt, ist ein Verräter an der Arbeiterschaft. Er schädigt sich und seine Familie.

Nur Arbeit, Arbeit kann uns retten.

Der Vertrauensmann

Unser Kollege H. E., ein wackerer Vertrauensmann, schreibt über die Aufgaben des Vertrauensmannes:

Unsere Organisation ist auf das Vertrauensmannsystem aufgebaut. Daraus erhellt die Bedeutung des Vertrauensmannes. Er soll das lebendige Bindeglied der Führung und der Masse der Mitglieder sein. Daraus ist aber auch zu erkennen, welches Vertrauen die Organisation in den Vertrauensmann setzt. Da ihm liegt es nun, ob er sich dieses Vertrauens wert zeigt, ob er wirklich Vertrauensmann ist, oder es er sich zum bloßen Stellungskämpfer macht.

Dem wichtigsten Vertrauensmann gilt die Zeitung nur als eine äußere Gelegenheit, zu seinen Mitgliedern in nähere Beziehungen zu treten. So legt er es sich nicht genügen, bloßfällig und mit einem flüchtigen Gruß das Verbandsorgan keinem Mitglied in dessen Wohnung auf den Tisch zu legen. Er weiß auch gleich das Gespräch auf den Inhalt der Zeitung zu bringen. Um das Mitglied allmählich zum Lesen anzuleiten, macht er auf diesen oder jenen Artikel noch besonders aufmerksam. Er hat aber auch Sympathie in seiner Erklärung und ist unerschrocken er nicht bei seinem nächsten Besuche, das Mitglied nach seinem Urteil über die besprochenen empfohlenen Artikel zu befragen. Ein drittes Mal wird der Vertrauensmann das Mitglied in ein Gespräch über die letzten und wichtigsten Ergebnisse in unserm Organisationsleben zu ziehen suchen. Und wieder ein anderes Mal sucht er diesen Kollegen für unsere Versammlungen zu interessieren.

Dieser ständigen Einwirkung wird auch schließlich der Mitglied auf die Dauer nicht widerstehen können. Auf die Zeit immer wiederholende Frage, ob er diesen oder jenen Artikel unseres Verbandsorgans auch gelesen habe, wird er nicht immer mit einem „Nein“ antworten wollen. Bei einem Gespräch über die Verbandsangelegenheiten mag er nicht immer der bloß Zuhörende sein. Freilich, nicht immer ist die Situation zu langen und breiten Erörterungen geeignet. Oft muß man es mit einigen Worten oder einem kurzen Hinweis bescheiden lassen. Dem persönlichen Kontaktgefühl und Verständnis des Vertrauensmannes bleibt hier vieles überlassen. In der Wohnung seiner Mitglieder ein ganz gefeierter Gast zu sein, wird immer eines seiner besten Wirkungsmöglichkeiten bleiben.

Der gute Vertrauensmann ist aber nicht nur solange für seinen Verband tätig, als er den Mund Zeitungen unter seinen Armen hat, und versucht, um seinen Kollegen zu helfen.

Wirtschaftsleistung aus dem Jahre genommen haben, dessen Aufhebung durch den Besonderebruch der Substanz und die Produktionsmangelkündigungen der Arbeiter Substanzen für ihre „Revolutionen“ zu gewinnen. Wegen dieser wirtschaftlichen Rückschlüssen werden sich alle gutgemeinten Kreditoren zusammenzuschließen und ihnen energisch entgegenzusetzen.

Der Sozialist Kallist gegen seine Genossen

Der Wirtschaftspolitiker der „Sozialistischen Monatshefte“ Kallist hat sich in einem Artikel über die Sozialisierung der Wirtschaft gegen die „sozialistischen“ Genossen, die durch Arbeitniederlegung den Raubbau an der deutschen Volkswirtschaft betreiben. Zugleich gibt er der sozialistischen Bewegung einen Ruck, der zwar viel von der Erregung der Produktivität absetzt, aber nicht ist, um sie zu vernünftigen Kallist schreibt:

„Auf keinem Wirtschaftsgebiete ist bisher etwas für die Steigerung der Produktivität getan worden, wohl aber ergeben sich an jedem Tag von neuem Tatsachen, die für den Rückgang der Produktion zeugen und die Gefahr einer völligen Lähmung ganzer Produktionszweige immer näher rücken. Was sich jetzt vollziehen wird, ist ein Ausverkauf der deutschen Volkswirtschaft. Am schlimmsten und bedrohlichsten ist es, daß die Arbeiterklasse für die Steigerung der Produktivität nichts getan hat, wohl aber es verhindern will, daß durch ihre Angehörigen der Produktion nötige Maschinen geschaffen werden. Der Grund, der diese Haltung der Arbeiterklasse wirtschaftlich betriebsmäßig ist, ist nicht an der Zukunft unserer Produktion, und damit des gesamten Volkes. Am Ende müssen die Arbeiter die Kosten des Verbrauches zahlen. So muß die Wirtschaftliche Haltung der Arbeiterklasse im höchsten Grade mangelhaft sein; denn nachdem das Volk als politischer Machtmittel gebrochen ist, kann der Arbeiterklasse die politische Macht nur dadurch wiedervergeben werden, daß sie selbst die Chancen der Produktion, und damit die Voraussetzung zur Steigerung der Produktivität verhandelt.“

Diese wirtschaftliche Lage ist, welche die sozialdemokratischen Kreise der deutsche Wirtschaftsleben bringen, und sie belassen auf das schärfste die sozialdemokratische Arbeiterpartei. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei, und besonders unser Verband, hat sich nach dieser Seite hin nicht verhalten. Während des Krieges haben wir uns mit aller Energie gegen die Politik gewandt, während die sozialdemokratischen Gewerkschaften nicht mit einem Wort und einem Artikel gegen die Arbeiterpartei und ein großer Teil der sozialdemokratischen Tagespresse Jubelstimmen über die Politik schickte. Wenn das deutsche Wirtschaftsleben seinen Niedergang entgegenzusehen wird, wissen wir, wer den „Ausverkauf“ der deutschen Volkswirtschaft, wie Kallist schreibt, betrieben hat.

Das sind die „Herren“

In Berlin treiben sich zur Zeit in manchen Büros und Kabinets für die „Herren“, die die Revolution in die Oberfläche spalte, herum. Sie sind die „Herren Revolutionäre“, die sich von den wirtschaftlichen politischen Regierungen so allmählich Millionen zusetzen lassen, um damit gegen das deutsche Vaterland zu wüten. Sie sind jetzt sogar bei hochachtbaren Herrn heraus, daß der Reichspräsident von Berlin, der A. S. Eichhorn, im russischen Goldes Reich, der „Botschafter“ — und das muß es doch wissen — schreibt darüber:

„Wie wir aus sicherer Quelle erfahren, bestehen auch jetzt noch Beziehungen zwischen der Reichspräsidenten-Telegraphen-Agentur und dem Reichspräsidenten, zum mindesten die finanziellen Beziehungen. Die von den allertüchtigsten Tagen, im neuen Jahre, hat der Reichspräsident die Beziehungen von der „Reichs“, wie unumwunden heißt, 1400 Mark in einem Briefschreiben erhalten. — Offensichtlich besteht die Reichspräsidenten-Telegraphen-Agentur aus einem Reichspräsidenten, der ein gewisses Reichspräsidenten einen Briefschreiben erhält.“

Das sind die „Herren“, die das deutsche Volk in die so viel besagte „Reichs“ haben wollen. Eichhorn bezog vor seiner Stellung als Reichspräsident von der russischen Telegraphen-Agentur die Reichspräsidenten von 1700 Mark, eine ganz nette Summe; ganz besonders aber es aber, daß eben solche Leute sich dann auch in der Reichspräsidenten-Agentur und sagen: „Man hat uns so viel gegeben, daß wir auf der Reichspräsidenten-Agentur sitzen, es ist „Reichs“ der Reichspräsidenten in einem Briefschreiben aufrecht Arbeiterschaft behandelt sich für solche „Reichs“.“

Tautsky gegen die Verstaatlichung der Betriebe

Gegen die Nationalisierung der Industriearbeit, die von den wirtschaftlichen Parteien gefordert wird, wendet sich der bekannte russische Sozialist und Parteibeamteter Karl Tautsky in folgenden Worten:

„In Rußland sind wegen aller für nationalisiert erklären und dann unterworfen dringenden, die Bedingungen dafür zu schaffen, heißt das heißt beim Schwanz aufzuführen, heißt die Übergangsbürokratie schaffen, in dem kapitalistischen Produktions nicht mehr ein sozialistisches noch nicht möglich ist. Es heißt, vorübergehend die Produktion zum Stillstand bringen. Das heißt die Sozialisten gerade jetzt im Moment der Produktionsdurchführung, aber auch nur jedoch, diese Sozialisten in die Welt hinein zu werfen.“

„Was kann man nur erwarten. Eine Verstaatlichung und damit Verstaatlichung der Betriebe in einem Augenblicke, wo die Industrie fast ganz zum Stillstand gekommen ist, ist das deutsche Wirtschaftsleben notwendig ist, die Arbeiter der deutschen Volkswirtschaft den industriellen Ruin zu bringen. Die Folgen für die Arbeiterklasse werden sich dann selbst machen.“

Finanzielle Rückwirkungen

Der Weltkrieg hat uns bis zum Waffenstillstand an über 140 Milliarden Mark gekostet; eine Summe, die über die Bedeutung der deutschen Staatskassen hinausgeht. Aber so groß auch die Summe sein mag, die wirtschaftlich würde sie uns nicht niedergedrückt haben, wenn die Anleihen waren fast ganz im Zustande aufgenommen und daraus lassen die Finanzen wieder zurück in dieselbe Volkswirtschaft, welche die Summe aufgebracht hatte.

Der Krieg ändert sich in dem Augenblicke, wo wir einen Frieden auf uns nehmen müssen, der schwere Einbußen für uns bringt. Deutschland muß Kriegsschadensersatz bezahlen, der das deutsche Wirtschaftsleben in den Boden des Weltmarktes zurück zu einem Frieden auf dem Boden des Weltmarktes bereit stellen. Nur bezüglich der Freiheit der Wirtschaft behielten sie sich die näheren Bestimmungen vor. Zugleich der Kriegsschadensersatz aber wurde gelagert, die veränderten Gegner setzen der Ansicht, daß Deutschland die Schäden kriegen müsse, die durch seinen Angriff auf Privatvermögen entstanden seien. Genau ausgedeutet heiße das: über den Betrag der Privatvermögen lassen wir mit uns reden. Selbst wenn alle Beschädigungen des Privatvermögens im Westen in Deutschlands Wägen geschrieben worden wären, so wäre die Summe doch nicht entfernt so hoch ausgefallen, wie sie jetzt ausfallen wird. Vor nicht so langer Zeit wurden die Vermögensgegenstände des Krieges in Nordfrankreich und Belgien von französischer Seite auf 18 1/2 Milliarden Franken oder rund 15 Milliarden Mark geschätzt. Diese Schätzung dürfte wohl richtig sein. Denn abgesehen davon, daß in Belgien nur eine verhältnismäßig schmale Streifen vom Krieges verwüstet wurde und auch der nordfranzösische Kriegsschauplatz doch nur dort ein vollkommenes Bild der Zerstörung zeigt, so die Schäden ausgerechnet wurden, betrug das

neue Volkswirtschaften Grundstücke aus dem Jahre 1913 240 Milliarden Mark.

Das, wenn die Entschädigungssumme wesentlich höher als die eben genannte würde wäre sie zwar überaus drückend, aber doch noch nicht ruhmlos für uns.

Infolge der Revolution und der daraus resultierenden vollständigen Zerschlagung des deutschen Volkes wird eine ganz andere Kriegsschadensersatzsumme von uns gefordert werden als wir sie auf der Grundlage der Antwortnote vom 6. Nov. hätten zahlen müssen. Von den tatsächlich hohen Forderungen, welche in letzter Zeit in einzelnen feindlichen Zeitungen erhoben werden wollen wir schweigen. Wenn aber 100 Milliarden Mark in England von annähernd 100 Milliarden Mark Kriegsschadensersatzsumme sprechen, so gibt das einen Begriff von der Weltverfassung unserer Zeit. Was 100 Milliarden Mark wenn sie ins Ausland gehen werden sollen bedeuten, wird recht klar, wenn man sich die Größe dieser Summe an einem Beispiel klar macht. Nach den Berechnungen jener Statistiker, welche das deutsche Volkswirtschaft am höchsten eingeschätzt haben, ist der Wert des gesamten land- und forstwirtschaftlich genutzten Grund- und Bodens in Deutschland mit 50 Milliarden anzusetzen. Eine Kriegsschadensersatzsumme in Höhe der Hälfte der oben genannten Summe würde also gerade soviel bedeuten, als wenn die Reiche uns alle Acker, Wälder, Weinberge und Gärten im ganzen Deutschen Reich einfach wegnehmen würden.

Es ist notwendig, dies anzuerkennen, damit das Volk nicht nur erkennen kommt, was dem eigentlich auf dem Spiele steht. Die Tatsache, daß wir in Deutschland fast 100 Milliarden Mark durch Kriegsschadensersatzsummen aufgebracht haben, hat eine ganz falsche Vorstellung von den finanziellen Zusammenhängen erzeugt. Man hat vergessen, daß diese Gelder zum größten Teil sich bei den ausländischen Käufern, welche das deutsche Volk dem Feinde während des Krieges geliehen hat, daß es sich in der Hauptsache um eine Rückzahlung von Forderungen handelt, innerhalb des Reiches selbst. Es ist ein ganz anderes Bild, wenn an das Ausland Kleinsummen bezahlt werden müssen. Die können nur aus dem Volkswirtschaft aus dem Staate bezahlt werden, falls der Gegner auf sofortige Bezahlung dringt.

Wie aber denkt man sich eine sofortige Bezahlung solcher Kleinsummen? Darüber scheint man sich bei uns noch gar keine Gedanken gemacht zu haben. Die Welt können Millionen summen nur nicht nach dem Auslande auf einmal gehen werden. Das ist überhaupt „das Geld“, besonders in seiner papierernen Kriegswirtschaftlichen Erscheinungsform? Doch nicht anders als ein Schuldchein des Staates. Wir nehmen den Geldschein für den Verkauf einer Ware oder die Bezahlung einer Leistung und können uns dann im Inlande dafür andere Waren und Leistungen kaufen. Darin besteht die volkswirtschaftliche Bedeutung des Geldes. Ammerin Wert hat das Papier selbst keinen. Einen Stoffwert hat nur das Metallgeld, vor allem das Gold. Das Zwanzig-Markstück ist auch wirklich 20 Mark an Gold wert.

Solches Gold haben wir aber nur in beschränktem Maße im Lande, etwa 2 1/2 Milliarden. Und die können wir durchaus nicht ganz entbehren, weil wir etwas gewisses Goldverbrauchen, um unsere Zahlungsmittel mit dem Auslande zu tätigen.

Würden wir aber Milliarden an Papierscheinen ins Ausland gehen, so würde dadurch unsere Baluta in den Grund und Boden hinein verhorben werden. Außerdem würden die Geldscheine wieder zurückströmen wollen, da ja sonst das Ausland nicht damit anfangen kann. Das Ausland würde für die Geldscheine deutsche Waren kaufen. Die sind aber noch nicht da. Es würde auch deutsche Güter erwerben können Grund und Boden, Fabriken, Anteile an Gesellschaften. Dadurch aber würde ein sehr großer Teil unserer Sachgüter in die Hände des Auslandes kommen und wir würden wirtschaftlich verarmen.

Finanzmäßig am einfachsten wäre die Kriegsschadensersatzfrage zu lösen, wenn das Ausland eine große Schuldverschreibung des Reiches in Zahlung nehmen würde. Sie wir dann verzinsen und in einem gewissen Zeitraum abbezahlt werden. Aus der Sprache des Kapitalismus in die Sprache der nackten Tatsachen überetzt würde dies lauten: Wir müssen dem Feinde auf Nachfrage, so vielleicht auf Menschenalter hinaus Tribut zahlen. Ist die Summe sehr hoch, so könnte es geschehen, daß das deutsche Wirtschaftsleben unter dieser Last zusammenbrechen würde. Wie eine Überladung des deutschen Volkes mit Entschädigungsgeldern wirken würde, ist gar nicht abzusehen. Auf keinen Fall würde sie verträglich sein mit den Forderungen eines europäischen Völkervertrages.

Zeit besser wäre es meines Erachtens, wenn ein großer Teil unserer Auslandsforderungen und unseres Auslandsvermögens, das heute zum Teil beschlagnahmt ist, zum anderen Teil noch nicht hereingeholt werden konnte durch Aufhebung oder Befreiung zur Bezahlung der Kriegsschadensersatzsumme und den heimischen Gläubigern dafür deutsche Kriegsanleihen ausgestellt würden. Dadurch könnte ein sehr großer Teil einer Kriegsschadensersatzsumme, falls dieselbe nicht wahrhaftig hoch gestellt wird, abgetragen werden. Ammerin ergeben sich auch dann noch ungeheure Schwierigkeiten. Vor allem wird in diesem Zusammenhang eine Baluta-Anleihe notwendig werden.

Doch alle diese Vorschläge können nur erledigt werden, wenn wir aus dem Zustand des Interregnums und der Verfallungslage herausgefunden sind und wieder ein einiges Reich dadurch, dem auch die Außenwelt Vertrauen entgegenbringen kann. Die ungeheure Schwächung, die wir durch den inneren Zusammenbruch des Reiches infolge der Revolution erfahren haben, wird auch durch ihre finanziellen Folgenwirkungen geltend machen und das deutsche Volk wird erst später einsehen, was ihm die Revolution kostete.

Das deutsche Chaos

Ein Feindeshefter der englischen „National Review“ hatte eine Unterredung mit dem Staatssekretär des Reichswirtschaftsministeriums in Berlin, Dr. August Müller. Dieser erklärte, das Wirtschaftswesen Deutschlands befände sich augenblicklich in einem chaotischen Zustande. Es seien völlig ungeordnete Menschen an Lebensmitteln und Rohstoffen vorhanden. Dieser Zustand werde durch den Krieg, daß Deutschland soviel Eisenbahnwagen ein hat abgeben müssen. Weitere Schwierigkeiten verurteilen die entsprechenden Einrichtungen der Preise für alle Artikel, nicht nur für Stahl, Eisen, Kupfer usw., sondern auch für Lebensmittel, vielleicht mit Ausnahme von Getreide. Dazu kämen noch die Lohnforderungen der Arbeiter, so daß Deutschland auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrieren könne. Man müsse aber bedenken, daß 20 Prozent aller deutschen Arbeiter vom Export gelebt hätten, der sich nicht mehr erhalten könne. Die deutsche Wirtschaftspolitik müsse also unter allen Umständen darauf hinwirken, die Preise zu senken und ebenso manche Werke für Rohmaterialien aller Art und Fertigfabrikate, sowie Lebensmittel. Wenn Deutschland Eisenbahnwagen und anderen Gütern aufhöre, dann würde dadurch für Deutschland ein großer Nachteil von 40 Millionen Tonnen Eisenbahnwagen, die durch den Krieg

erzeugen. Eine andere große Gefahr sei die Kohlenfrage. Wenn Frankreich das Saarbecken annektiert, so habe Deutschland einen jährlichen Anfall von 10 Millionen Tonnen Kohlen. Dazu kämen die Pannongebirge abfallen der Polen. Auch müsse man bedenken, daß Deutschland im Krieg fast alle seine Viehherden verloren habe. Trotz alledem, sagte Müller, wolle Deutschland arbeiten, und wenn man D. u. G. und die Welt nicht so lasse und die notwendigen Rohmaterialien und Lebensmittel zu liefern bereit sei, so würde der friedliche und harmonische deutsche Arbeiter zeigen, daß Deutschland entschlossen ist, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Wenn dies aber nicht eintritt, dann müßten 20 Prozent der deutschen Bevölkerung auswandern oder verhungern. Müller sprach dann über die finanziellen Schwierigkeiten. Der Krieg habe Deutschland 150-180 Milliarden Mark gekostet, das sei ungeheuer das ganze deutsche Nationalvermögen nach dem heutigen Stande. Da der deutsche Kredit nach dem Auslande gleich Null sei, so könne man tatsächlich von einem drohenden Bankrott sprechen. Wenn die Entente eine Schadenersatzung von 200 Milliarden verlange, dann sei es mit Deutschland außer alles zu Ende. Deutschland habe jährlich fünf Milliarden Mark zu zahlen. Man hoffe durch erhöhte Steuern 2 1/2 Milliarden aufzubringen und durch Einsparungen in der Verwaltung und Verminderung der Beamtenzahl weitere 2 1/2 Milliarden zu sparen. „Wir werden durchkommen“, sagte Müller, „wenn man uns nur in Ruhe lassen läßt.“

Dunkel allein ist es nicht getan. Wenn wir nicht in Rußland mit den bolschewistischen Fänden fertig werden, die von Müllers heim unter Müllers Führung mit bolschewistischem Gold versehen, das Rhein-Ruhr-Gebiet unserer Wägen. In das Industriegebiet sehr gefährdet. Gewalt muß angewandt werden gegen die Bolschewisten, sagt die Zeitungsredaktion sozialdemokratischer Volksstimme. Das ist tatsächlich das einzige Mittel.

Weshalb war die Revolution notwendig?

Bei der deutschen Revolution in den Novembertagen 1918 im großen und ganzen unklar, ist es doch schon sehr selten ist, möchte mancher sie heute noch für einen wilden Traum, ein harmloses Experiment halten. Das ist eine schwere Täuschung. In Wahrheit hat sich ein gewaltiges Stück Weltgeschichte abgespielt, dessen Bedeutung uns auch noch in ihrer ganzen Größe zum Bewußtsein kommen wird, wenn erst die Nachwirkungen eintreten und sichtbar werden. Sie werden jeden von uns treffen und wahrheitsgemäß hart treffen.

Das Rad der Weltgeschichte kann nicht zurückgedreht werden. Und die Revolution ist Wirklichkeit und Schrift. Tatsachen, die nicht mehr bestritten werden können. Sich gegen sie und ihre Erkenntnis zu wehren, ist nicht nur nutzlos, sondern schädlich. Ein anderes ist die Prüfung und Beantwortung der Frage, ob die Revolution notwendig war.

Sie war nicht notwendig, um die staatliche Umgestaltung durchzuführen, in deren Namen sie verklärt wurde. Die Entscheidung vom alten Vorkriegsstaat zum demokratischen Volkstaat. Denn diese war bereits vorher vollzogen. Seit dem 6. Oktober hatten wir eine parlamentarische Reichsregierung, die Führer der Mehrheitspartei des Reichstages hatten die Leitung der Volksregierung übernommen. Seit dem 15. Oktober waren alle militärischen Befehlsstellen dem Reichskanzler, dem Chef der Reichsregierung untergeordnet, war jede Eigenmächtigkeit, jede eigene Initiative der Generale gegen die Volksregierung unmöglich. Seit dem 26. Oktober war der Reichskanzler dem Reichstag, der Volksvertretung vorantretend, vor von dem Vertrauen der Volksvertreter abhängig. Mit dem gleichen Tage war auch die kaiserliche Gewalt dem Volkswillen unterstellt, die in der alten Reichsverfassung festgelegten Vorrechte des Bundespräsidenten, die Entscheidung über Krieg und Frieden, die militärische Kommandogewalt usw., aufgehoben, so daß der Kaiser nicht mehr soviel Recht hatte als der Präsident der Vereinigten Staaten.

Die Revolution war auch nicht notwendig, um die schweren Schäden des früheren Wirtschaftslebens zu beheben. Die Erkenntnis, daß mit den Grundrissen der Volkswirtschaft gebrochen, daß dem kaiserlichen und ständischen Herrschaftssystem unterworfenen Wirtschaftssysteme feste Schranken gezogen werden mußten, war in weitestem Maße durch den Krieg gebrungen, nicht bloß in die Arbeiterkategorie, sondern auch in die Kreise, die man als die bürgerlichen zu bezeichnen pflegte. Im Reichstage war eine große Mehrheit vorhanden, die gewillt war, ebenso sowohl mit der Forderung der Wirtschaft, wie mit einer alle gerechten Wünsche der Arbeiter erfüllenden Sozialpolitik ernst zu machen. Und sie konnte als Reichsregierung diesen Willen auch in rascher und energischer Tat umsetzen. Das neugeschaffene Reichsamt hatte an der Spitze tüchtige und bewährte Männer aus der christlichen und der sozialdemokratischen Bewegung. Die bevorstehende Liquidation des Krieges mit ihren gewaltigen finanziellen Anforderungen würde Herdiss schon dazu gezwungen haben, die Kriegswirtschaft und die großen Vermögen und Einkommen so stark auf steuerlichem Wege zu erfassen, daß der Boden auf eine Neuordnung des Wirtschaftslebens auf der Grundlage des Rechtes der Arbeit dadurch bestens vorbereitet wurde.

Die Revolution war endlich nicht notwendig, um uns den Frieden zu sichern. Wir waren bereits auf dem Wege zum Frieden. Niemand in Deutschland dachte mehr an die Möglichkeit eines neuen Regimes der Weltgeltigkeit, alle politischen und militärischen Stellen hatten sich für den möglichst baldigen Friedensschluß erklärt. Davon den Gedanken gestellte Bedingung, daß sie nur mit einer wahrhaften Volksregierung verhandeln wollten, war seit dem Oktober bereits erfüllt.

Weshalb war denn nun die Revolution notwendig? Die Antwort müssen wir ihren Wirkungen entnehmen.

Sie war notwendig, damit Lloyd George der englische Premierminister, dem Chef der Propaganda in den der Entente feindlichen Ländern Northcliffe eine n Dankbrief schreiben konnte, in welchem er sagte: „Ich habe viele direkte Beweise des Erfolges Ihrer unerschütterlichen Arbeit und von der Wirkung, mit der Sie zu dem dramatischen Zusammenbruch der feindlichen Staatsmacht in Oesterreich und Deutschland geführt hat.“

Sie war notwendig, damit die russischen Bolschewiken den Sozialisten unter bolschewistischen

Bestrebungen und über drei Millionen Rubel, die sie nach Deutschland geschickt hatten, luden konnten.

Sie war notwendig, damit allerhand dunkle Elemente der Revolution zu „Revolutionärgelübten“ begangen konnten.

Sie war notwendig, damit Willkürwerte verschleudert und vernichtet wurden.

Sie war notwendig, damit die Adäquation der Truppen und des in den besetzten Gebieten befindlichen Materials erschwert und zum Teil unmöglich gemacht wurde.

Sie war notwendig, damit für allerhand Stellen- und untergeordnete Posten gutbesoldete Posten und Stellen eingerichtet wurden.

Sie war notwendig, damit dem Reich und den Gemeinden, die in ihren Finanzen schon durch den Krieg schwer getroffen waren, und damit dem Volke, das durch seine Steuern die öffentlichen Ausgaben decken muß, keine gewaltigen Ausgaben aufgeladen wurden.

Sie war notwendig, damit eine kleine Minderheit von weiß Panathern, teils Bolschewiken eine Willkürherrschaft über die große Mehrheit des Volkes ausüben konnte.

Sie war notwendig, damit der Reingehobene Hoffmann den Sessel des preussischen Kultusministers besetzen und mit seinem blühenden, von keiner Klugheit und Einsicht und praktischen Erfahrung gebildeten Fakultätsrat seinen Hass gegen Kirche und Religion Luft machen konnte.

Sie war notwendig, damit an Stelle eines beschämten, alle wertvolle Kräfte schonenden und hegenden Wiederbaues des Wirtschaftslebens zuerst eine katastrophale Erschütterung und Zerrüttung aller bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse eintrat.

Sie war notwendig, damit die ohnehin großen, durch die Demobilisation vermehrten Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung und des Verkehrs noch maßlos vergrößert wurden.

Sie war notwendig, damit wir den Feinden gegenüber in den Zustand völliger Wehr- und Hilflosigkeit gerieten.

Sie war notwendig, damit der stolze Bau des Deutschen Reiches in seinen Grundfesten erschüttert und der Gefahr des Zusammenbruchs nahegebracht wurde.

Sie war aber auch deshalb notwendig, damit das deutsche Volk einsehen lernte, was es von bolschewistischen Machthabern zu erwarten hat, was die sozialdemokratische Herrschaft unter Herrschaft und Vorkämpferin versteht, damit wir zu der Erkenntnis kamen, daß nach dem Zusammenbruch der alten Welt und der alten Staatenordnung die Kraft zum Aufbau nur von dem christlichen Staats- und Gesellschaftsdenken und von der Erneuerung des deutschen Stammesgedankens gegeben werden kann.

Die Revolution hat ein großes Trümmersfeld geschaffen, wie jeder gewalttätige Umsturz nur Ruine schaffen kann. Wir wollten auf dem Wege organischer Entwicklung die neue Zeit herausfinden. Auf dem Trümmersfeld luden wir nun die Fundamente und die Bausteine für den neuen Aufbau, nachdem das alte Haus völlig zerstört ist: ein neues Deutschland als Vereinigung der deutschen Stämme.

Die deutsche Arbeiterchaft am Scheidewege

Umwälzungen von weltgeschichtlicher Bedeutung beherrschen heute die Völker und Nationen der Erde. Die katastrophalen Wirkungen des Weltkrieges haben das Volk geführt! Ein neuer Welt ist angebrochen. Nicht nur das kulturelle und politische Leben ringt nach Neugestaltung, auch die wirtschaftlichen Verhältnisse sind einer vollständigen Umwälzung unterworfen. Das deutsche Wirtschaftsleben ist in seinen Grundfesten erschüttert und in eine überaus ernste Lage hineingedrückt worden. Jetzt ist es die dringlichste Aufgabe und unabwendbare Pflicht aller Soldat- und Vaterlandsliebenden, den jetzt bestehenden Tendenzen eines verblödeten Materialismus entgegenzutreten und positive Maßnahmen unserer Wirtschaft mitzuarbeiten.

Die Arbeitspflicht

Es ist ein erster Schritt. Nur intensive Arbeit kann uns retten; jeder Einzelne muß den Verantwortungsbegriff für das Wohl der Gemeinschaft erfüllen. Jedes Verantwortungsbegriff und Pflichtbewusstsein kann nur durch die positive Erziehungsarbeit sozialer Organisationen gehen und gewährleistet werden. Die Erkenntnis von der Verantwortlichkeit dieser Organisationen ist ein wichtiger Bestandteil der Arbeit. Die Verantwortung der Organisationen ist ein wichtiger Bestandteil der Arbeit. Die Verantwortung der Organisationen ist ein wichtiger Bestandteil der Arbeit.

Der wirtschaftliche Sturm und Zwangszustand

Wie Sie in der Vergangenheit auch in seinen Jahren die Welt nicht erlebt wurde. Hunderttausende von Arbeitern und Arbeiterinnen sind in die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Welt hineingeworfen. Die Verantwortung der Organisationen ist ein wichtiger Bestandteil der Arbeit. Die Verantwortung der Organisationen ist ein wichtiger Bestandteil der Arbeit.

Der wirtschaftliche Sturm und Zwangszustand

Wie Sie in der Vergangenheit auch in seinen Jahren die Welt nicht erlebt wurde. Hunderttausende von Arbeitern und Arbeiterinnen sind in die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Welt hineingeworfen. Die Verantwortung der Organisationen ist ein wichtiger Bestandteil der Arbeit. Die Verantwortung der Organisationen ist ein wichtiger Bestandteil der Arbeit.

Leinen Unternehmer und Arbeiter interessiert sind, in Zukunft gemeinsam geregelt. Einfluß auf die Gestaltung der Lebensfragen der Volkswirtschaft haben nur die beiderseitigen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Wer in Zukunft unorganisiert ist, steht außer Acht und hat auf die Gestaltung der Dinge nicht den geringsten Einfluß. Die Zeit ist nicht mehr fern, wo es unorganisierte Arbeiter und Angestellte überhand nehmen wird und nicht mehr geben kann. In vielen Betrieben und Industriezweigen ist es heute schon soweit, daß auf Grund blühender Abmachungen kein unorganisierter Arbeiter Beschäftigung finden kann. Ob ein betriebliger

Organisationsfrage

rechtlich statthaft ist und moralisch gerechtfertigt werden kann, ist eine Frage für sich. In der Praxis ist mit dieser Tatsache zu rechnen. Ebenfalls, wie es früher den Unternehmern gesetzlich unmöglich zu machen war, keine organisierten Arbeiter zu beschäftigen, ebensowenig wird es ihnen heute verweigert werden, unorganisierte Arbeiter aus ihren Betrieben auszuschließen. Eine weitere Ausbreitung des Organisationszwanges ist bestimmt zu erwarten.

Ohne Staat keine Arbeit

das gilt nicht nur für den Landmann, sondern auch für die Massen der Lohnarbeiter und Angestellten. Dem Staat und Zwang zur Organisation wird niemand auf die Dauer widerstehen können. Alle gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Hindernisse, die bisher der Ausübung des Koalitionsrechtes im Wege standen, sind jetzt völlig beseitigt. Gesellschaftliche Hemmnisse bestehen keine mehr. Der frühere Mangel und offene Widerstand zwischen Unternehmer, besonders in der Großindustrie ist nicht mehr vorhanden. Sie haben die Gewerkschaften grundsätzlich und praktisch anerkannt, die wirtschaftsrechtlichen Gesetze sind im Interesse ihrer erfolgreichsten wirtschaftlichen Arbeit wünschenswert. Heute sogar, daß sich die Arbeiter vollständig ihren Organisationen anvertrauen, weil das eine der ersten Voraussetzungen für eine durchgreifende Wirtschaft und reifliche Ausführung aller Maßnahmen ist die von der Arbeiterschaft getroffen werden. Die unabwendbare Notwendigkeit der Organisation stellt die Arbeiter und Angestellten vor die Frage:

Welcher Organisation schließen wir uns an?

Infolge der gewalttätigen Revolution und ihrer Reaktionen ist es wieder möglich geworden, daß es ein Bedürfnis für die Arbeiter des deutschen Volkes sein würde, wenn die erste Arbeiterpartei der Sozialdemokratie aufstellen würde. Der Staat und die Massen der Lohnarbeiter sind in der Hand der Sozialdemokratie für die Gesundheit unserer sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Der Materialismus und Realismus der Sozialdemokratie kann uns nicht weiterbringen, sondern bringt uns weiter in den Abgrund hinein. Die gewalttätige Revolution und ihre verheerenden Folgen zeigen uns den Weg, den wir gehen müssen. Wir müssen uns von dem materiellen System lösen und in die Welt der christlichen Grundsätze der christlichen Arbeiterbewegung gegenüberstellen. Die in einer unerbittlichen Geschichte bewährten Grundsätze des Christentums müssen nicht nur im arbeits, sondern auch im sozialen und wirtschaftlichen Leben wieder zur Geltung kommen, wenn eine wirkliche Gesundung und dem gewalttätigen Terror entgegenzutreten soll. Das wird aber nur möglich sein durch eine große, umfassende und leidenschaftliche

Christliche Arbeiterbewegung

Sie muß Massenbewegung werden, wenn sie ihre weltgeschichtliche Aufgabe in der nächsten Zukunft erfüllen soll. Sie kann Massenbewegung werden, wenn alle, die ihrer Erziehung und inneren Überzeugung nach zur christlichen Gewerkschaftsbewegung gehören, Farbe bekennen und ihre Pflicht erfüllen. Die christlichen Gewerkschaften zählen heute etwa 700.000 Mitglieder. Die Zahl ihrer Anhänger hat sich in einigen Monaten mehr als verdoppelt. Im Vergleich zu der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung, die heute über drei Millionen Mitglieder zählt, ist das durchaus nicht genügend und kann auf keinen Fall befriedigen. Millionen von deutschen Arbeitern und Arbeiterinnen stehen im Begriff, sich in der Organisationsfrage zu entscheiden. Ihnen muß der Weg in die christlich-nationale Arbeiterbewegung gezeigt und zum Bewußtsein gebracht werden, daß sie damit nicht nur sich selbst, sondern für die gesunde Entwicklung unserer wirtschaftlichen Zukunft die besten Voraussetzungen schaffen. Unter den Reihen der christlichen Gewerkschaften kämpfen sie den guten Kampf! Gegen verblödeten Materialismus! Gegen jetztigen Realismus!

Für ausdauernde positive Kulturarbeit! Auf dem festen Boden der christlichen Grundsätze muß die Gesundung unserer sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse angebahnt und der Volkswirtschaft gesichert werden.

Bekanntmachung des Vorstandes

Da der Beitrag für die laufende Woche immer im voraus zu zahlen ist, so ist für die Zeit vom 12. Januar bis 18. Januar der zweite Wochenbeitrag fällig.

Aus dem Verbandsgebiet.

Es ist ein erster Schritt. Nur intensive Arbeit kann uns retten; jeder Einzelne muß den Verantwortungsbegriff für das Wohl der Gemeinschaft erfüllen. Jedes Verantwortungsbegriff und Pflichtbewusstsein kann nur durch die positive Erziehungsarbeit sozialer Organisationen gehen und gewährleistet werden. Die Erkenntnis von der Verantwortlichkeit dieser Organisationen ist ein wichtiger Bestandteil der Arbeit. Die Verantwortung der Organisationen ist ein wichtiger Bestandteil der Arbeit.

weiterhin wirtschaftlichen Beschäftigung ein und erklären sich die Bestimmungen damit einverstanden, der Handelspreis sowohl als auch der demnach die Beschäftigung der künftigen Beschäftigten zu unterstützen. Die Verhandlungen waren jetzt mit dem Abbruch der einseitigen Kassa fassung, daß diese einseitige oder falsche Darstellung wohl nur von der zurückgetretenen Haltung des Handelspreises abzuleiten werden ist. Gegenüber dem weiteren Ausbleiben des Preises ist wohl zu hoffen, daß das neue Abkommen zwischen der deutschen Gewerkschaftsbewegung und Frankreich eine Wiederherstellung der Arbeit auch für das Ausland bringen würde. Das französische Abkommen über die Stilllegung des christlichen Gewerkschaften zu den politischen Parteien. Die Organisation habe vornehmlich wirtschaftliche soziale Aufgaben zu erfüllen. Ein politisches Amt kann durchzuführen, wie die Parteien zur Koalitionsbewegung sind, daß es sich an wirtschaftlichen politischen Parteien. Es gibt aber eine sehr große Anzahl von christlichen Gewerkschaften, die jedoch sich eine solche Partei, die seinen Grundsätzen entspricht, anzuschließen und in diesem auch Nutzen mitzubringen.

Geldbelegende bei der Hauptkasse

Montag, Dezember.

- Rottenburg 100 Mark, Hildesheim 100 Mark, Braunschweig 1348,10 Mark, ...

Veranstaltungs-Kalender

Samstag, den 11. Januar 1919:

- Dortmund 2 Abends 7.30 Uhr bei Bergmann, Dörmstraße. Sonntag, den 12. Januar 1919: ...

„Das Gewinde“

2. ergänzte Auflage. Ein unentbehrliches Handbuch für Draht, Mechaniker und dergl. Enthält rund 7000 berechnete Räderzahlen für rund 7750 Gewinde. ...

Fachlehrbücher I. Ranges

- Das Schlosserhandwerk Mk. 27,50. Der Schlosser Mk. 17,50. Der Kunstschlosser Mk. 12,00. ...

Einige „Greif“-Dreivertigungs-Apparate

neu, mit allem Zubehör empfohlen. Echo vom Niederrhein, Duisburg, Düsseldorfstraße 16.